

ANTRAG Stadträtin Gabriele Luczak-Schwarz (CDU) Stadtrat Ingo Wellenreuther (CDU) CDU-Gemeinderatsfraktion vom 28. September 2011	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	29. Plenarsitzung Gemeinderat 22.11.2011 901 7 öffentlich
Systematische Bürgerbeteiligung		

Die CDU-Fraktion beantragt:

1. Die Stadtverwaltung stellt dem Gemeinderat die bisher zur Verfügung stehenden Instrumente zur Bürgerbeteiligung vor.
2. Die Stadtverwaltung erarbeitet Vorschläge, wie der Prozess einer Bürgerbeteiligung mit dem Ziel einer Versachlichung und größtmöglichen Einbindung aller Meinungsgruppen optimiert werden kann.

Sachverhalt/Begründung:

Bürgerbeteiligung ist nur dann erfolgreich und deren Ergebnisse dauerhaft in der Bürgerschaft akzeptiert und respektiert, wenn der Beteiligungsprozess in die zugehörigen Entscheidungen von Verwaltung und Gemeinderat eingebettet ist. Stuttgart 21 hat nicht zuletzt durch das „Schlichtungsergebnis“ Ende Juli gezeigt, dass Bürgerbeteiligungsprozesse, die der eigentlichen Entscheidung nachgelagert und nicht in der breiten Bürgerschaft verankert sind, für diejenigen Bürger vorteilhaft sind, die sich gegen das Vorhaben aussprechen. Die „schweigende Mehrheit“ wird ebenso wenig erreicht wie die Befürworter. Der rationale Austausch von Pro und Kontra ist in diesem Fall aufgrund der bereits getroffenen Entscheidung deutlich erschwert.

Bürgerbeteiligung soll die in der Bürgerschaft vorhandenen Ressourcen für eine qualitätsvolle Planung nutzbar machen. Sie ist weit mehr als nur eine Konfliktbewältigungsstrategie. Aus diesen Gründen ist die Erstellung eines Konzepts zur grundsätzlichen Vorgehensweise bei Bürgerbeteiligungen in Karlsruhe sinnvoll. Dies soll die Grundlage für eine transparente, frühzeitige, systematische und letztlich erfolgreiche - jenseits der planrechtlich vorgeschriebenen - Bürgerbeteiligung bei wichtigen Vorhaben der Stadt schaffen. Ein Ziel soll dabei auch sein, die breite „schweigende“ Mehrheit zumindest objektiv zu informieren und bestenfalls zu einer Beteiligung zu motivieren.

In das Konzept sollen - bereits in Karlsruhe erprobte - erfolgreiche Bürgerbeteiligungsinstrumente, wie frühzeitige und umfassende Informationsveranstaltungen, die Organisation der Beteiligung durch repräsentativ ausgewählte Bürgerinnen und Bürger, Bürgervoten zu Einzelthemen per repräsentativer Umfragen u. v. m., mit einfließen.

Planungsstand, Informationsstand, Meinungsbildung und Gemeinderatsbeschlüsse sollen dabei sinnvoll ineinandergreifen. Unsachliche Polarisierungen im Diskussionsprozess sollen dadurch vermieden werden.

Ziel der Bürgerbeteiligung bei der räumlichen Planung oder bei wichtigen städtischen Vorhaben, etwa Infrastrukturmaßnahmen, soll es sein, dass die Stadtgesellschaft auf sachlicher Grundlage zu einer gemeinsamen Konsensbildung findet.

unterzeichnet von:

Gabriele Luczak-Schwarz

Ingo Wellenreuther

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -

11. November 2011